Materialien zum Fachkongress 14

Fortschritt für die 90er:

Moderne Technik in einer humanen Arbeitswelt.

Forum 3

"Arbeit und Umwelt im Betrieb"

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk MdB

(SPD-Programmkommission)

(korrigierte Bandabschrift des Redebeitrages)

SPD

Zunächst eine Vorbemerkung: Wir sind uns im klaren, daß angesichts der riesigen Umweltschäden in dreistelligen Milliardenhöhen und der mittlerweile horrenden Kosten des Gesundheitswesens sowie bei der Sozialversicherung erst gewisse arbeits- und umweltbedingte Schädigungen sichtbar werden,die wir alle in einem Ausmaß zu bezahlen haben, die selbst sehr reiche Industrienationen überfordern. Ich bin Volkswirtin und rechne auch in Ressourcen. Politiker täten sehr gut daran, wenn sie tatsächlich die volkswirtschaftlichen Folgekosten von Produktion sauberer berechnen würden.Sie wären nämlich, wenn sie dies täten, sehr viel mehr bei Prävention und bei strukturverändernden Maßnahmen auch in der Produktion, als permanent beim Kompensieren.

Was mich etwas irritiert - auch in der SPD - ist das Parallellaufen der Diskussion von Arbeits- und Gesundheitsschutz auf der einen und Ökologie auf der anderen Seite. Da bei der Frage Gewerbeschutz zum Beispiel die Frage Umweltschutz auf Kosten der Arbeitsschutzkapazitäten gegangen ist, betrachte ich diese beiden zum Teil mit Mißtrauen und zum Teil nicht gerade als Freunde - und das ist auch durchaus verständlich.

Was die Unternehmen betrifft, sieht man natürlich, daß ein erhebliches Umdenken um sich greift. Dabei ist zu beachten, daß selbstverständlich für das Image eines Unternehmens, für das Ansehen und manchmal sogar für die Produkte ein umweltfreundliches Verhalten förderlich ist.

Im Bereich der Produkte und Verfahren gibt es zunächst so viele Probleme, daß wir die Frage, welche Produkte herzustellen sind, auf einige wenige Ausnahmefälle in der Diskussion beschränken. Ich halte dabei auch die Frage, ob nun mehr Markt oder mehr Staat in der Frage der Unternehmen wichtig sind, für eine törichte Alternative.Wir brauchen sicherlich in einer Reihe von Problemen einen wesentlich besseren Markt, d.h. Rahmenbedingungen, die die Unternehmen zwingen, Umwelt und Gesundheit von Menschen nicht mehr als freies Gut zu behandeln. Dies kann in der Tat durch Steuern auf den Energieverbrauch, durch Steuern und Abgaben auf

Wassernutzung und Abwässer, also schlicht marktwirtschaftliche Instrumente, geschehen. Auf der anderen Seite reicht dies allerdings nicht aus. Man kann die Probleme bei objektiv gesundheitsgefährdenden Stoffen, bei objektiv umwelt- und menschengefährdenden Stoffen nicht über Steuern regeln. Asbest mußte verboten werden, mit einer reinen Asbeststeuer hätte man das Problem niemals lösen können. Wir brauchen also auf einer Reihe von Gebieten selbstverständlich sowohl mehr Markt, einen besseren Markt, als auch einen besseren Staat und bessere Kontrollmöglichkeiten.

Dies kann man natürlich nie abstrakt diskutieren, sondern immer nur anhand einer ganz bestimmten Problemstellung. Man muß sich dann überlegen und entscheiden,wie man zu einem möglichst schnellen Erfolg in einer Übergangsfrist kommt und wie dem Problem am besten beizukommen ist.

Ökobilanzen und auch Gesundheitskataster, wie sie die Gewerkschaften verlangen, sind genauso wie Umweltbeauftragte und Umweltausschüsse richtige Maßnahmen. Ich halte mich allerdings hier ein bißchen zurück, weil die Tarifpartner die genaue Ausformulierung noch einmal diskutieren sollten. Der Staat sollte zwar eine grundsätzliche Auflage machen, daß derartige Institutionen zu schaffen sind, aber wie sie detailliert zu organisieren sind, würde ich nicht vorschlagen. Hier müssen die Sozialpartner selbst gewisse Gestaltungsmöglichkeiten haben, weil sie vor Ort die Situation besser kennen.

Nun zum entscheidenden Punkt auch innerhalb der Betriebe: Von der staatlichen Seite darf das Problem Information auf diesem Gebiet nicht gering geschätzt werden. Sowohl beim Arbeitsschutz als auch bei den sich entwickelnden Auskünften und Erkenntnissen über Ökologie ist das ein phantastisches Ausmaß an Informationen, die entwickelt, beschafft, verwertet und auf der betrieblichen Ebene umgesetzt werden sollen. Hier sind gerade Klein- und Mittelunternehmen wie auch die Betriebsräte häufig überfordert. Sowohl auf der staatlichen Ebene als auch auf der kommunalen Ebene müssen vernünftige Informationssysteme aufgebaut werden.Hier kommt staatlichen Institutionen als Nachfragern und Entwicklern

eine wichtige Position zu. Das heißt, neue modellhafte Kenntnisse nicht nur im Rahmen von Forschungsprojekten zu entwickeln,sondern auch systematisch darzustellen, wie man Kenntnisse darüber vermittelt. Gegebenenfalls müssen auch die Prototypkosten übernommen werden.

Hier müßte auch eine andere staatliche Nachfrage- und Industriepolitik solche Modelle in der Praxis mehr fördern und anschließend propagieren. Die gegenwärtige Koalition hat allerdings genau das Gegenteil getan. Die entsprechenden Programme im Bereich Arbeit und Gesundheit wurden zurückgefahren und die Umsetzungsprogramme gekürzt.

Ich komme nun zum Punkt, wie die Rahmenbedingungen geändert werden müssen. Ich habe Ökosteuern und Energieverbrauch genannt, das heißt Änderung von Strom- und Wassertarifen, nicht nur von Abwassertarifen, auch von Wassertarifen. Es ist ja unglaublich, daß es heute noch Unternehmen gibt, die aufgrund von Wasserrechten, die zum Teil Feudalrechte des 17. und 18. Jahrhunderts sind, Wasser für die Kühlung verbrauchen. Was hier in der Bundesrepublik geschieht, ist nicht nur im Energieverbrauch schlicht ein Skandal. Eines der wasserreichsten Länder der Erde bekommt Probleme mit dem Trinkwasser. Ich habe auch Gebote und Verbote genannt, die Kontrollen sollten wir allerdings wirklich darauf beschränken, wo es sein muß.

Nun zum vierten Punkt, den institutionellen und rechtlichen Änderungen. Forschung und Entwicklung sind gewaltige Gebiete, die es zu bearbeiten gilt. Das können besonders die kleinen und mittleren Unternehmen nicht schaffen. Sie können beispielsweise nicht verfolgen, was mit den Arbeitnehmern in Laufe eines Arbeits- und Produktionsprozesses passiert. Hier müssen - insofern halte ich die vorgelegten "15 Thesen für ein neues Forschungs- und Aktionsprogramm 'Zukunft der Arbeit'" für sehr wichtig - Forschungs- und Entwicklungspolitik einsetzen und hilfreich sein. Eine Nebenbemerkung: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir nicht auch eine geänderte staatliche Patentpolitik brauchen.

Dies alles heißt natürlich nicht, daß wir ohne die Kooperation der Unternehmen und der Unternehmensleitungen, ohne Ökobilanzen oder ohne umweltbewußte Unternehmensmanager weiterkommen. Es muß sich in beiden Fällen etwas ändern: sowohl im Unternehmen als auch in der staatlichen Politik. Diese muß für die positiv eingestellten Unternehmen die Rahmenbedingungen so ändern, daß sich umweltbewußtes Handeln lohnt. Für diejenigen, die das nicht tun, ist eine Reihe von Sanktionen beispielsweise durch Änderungen von Preisen, aber auch durch Kontrollmaßnahmen notwendig, um ein gewünschtes Verhalten zu erzwingen.

Die Alternative ist also nicht mehr Markt und weniger Staat, sondern wir brauchen einen besseren Markt und einen besseren Staat auf beiden Gebieten. Wir brauchen hier nicht nur quantitative, sondern qualitative Veränderungen. Beispielsweise benötigen wir eine Erneuerung des Arbeitsschutzes. Was sich hier an Institutionen und Vorschriften völlig zersplittert angesammelt hat, erlaubt nicht, einen vernünftigen und gezielten Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz zu erreichen.

Wir brauchen deshalb beides: Änderungen von Gesetzen, Änderungen und Wirksammachen von Institutionen genauso wie umweltbewußte Unternehmer.